

H.-Eberhard Schultz (RA)

Büroanschrift: Bremen (Rechtsanwälte Schultz und Reimers)
Lindenstr. 14, 28755 Bremen e-mail: schultz-reimers@t-online.de

Büroanschrift Berlin: (RAin Renate Schultz)

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin e-mail: raschultzberlin@gmx.de

Mobil: 0172 4203 768

Tel.: 0421 66 30 90

Fax: 0421 65 65 33

Tel.: 030 4202 2163

Fax: 030 4202 2164

AntiTerrorPakete.doc

**Die „Anti-Terror-Pakete“ der „rot-grünen Bundesregierung“: Ein Angriff auf die Bürgerrechte
und eine Kriegserklärung an die neue Friedensbewegung und die GegnerInnen des
globalisierten Kapitalismus**

(ACHTUNG: Sperrfrist – Donnerstag 08.11.2001 – 12.00 Uhr – es gilt das gesprochene Wort)

Deshalb ist die „innere Sicherheit“ zu einem wichtigen Thema der Berliner Demonstration vom 10.11.2001 gegen die Welthandelsorganisation (WTO) unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Kampf der Armut – nicht den Armen!“ geworden, der ein eigener Beitrag auf der Abschlußkundgebung gewidmet wird. Deshalb bin ich auch als Menschenrechtsanwalt gebeten worden, auf dieser Pressekonferenz zu sprechen.

Hierzu Auszüge aus einem Redebeitrag, den ich auf der Abschlußkundgebung der Demonstration vom 10.11.2001 gegen die Welthandelsorganisation WTO unter dem Motto „Stoppt den Krieg – Kampf der Armut – nicht den Armen!“ und der sie vorbereitenden Pressekonferenz gehalten habe.

1.

Die geplanten Maßnahmen stellen die umfassendsten Angriffe auf die Grund- und Freiheitsrechte in der Geschichte der BRD seit den Notstandsgesetzen von 1968 dar:

Die von der „rot-grünen Regierung“ ausgehandelten Gesetzesvorhaben werden von den Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen zu Recht als „Katastrophe“ abgelehnt. Auch wenn einzelne Bündnisgrüne behaupten, sie hätten wichtige Zugeständnisse ausgehandelt (nach 27 Stunden Geheimverhandlungen - Bundeskanzler und Innenminister mußten zu wichtigen Geschäften mit dem neuen „Anti-Terror- Bündnispartner China“ abreisen): Ihnen stehen massive Verschlimmerungen gegenüber. Zudem besteht die Gefahr weiterer Verschärfungen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens. Zu Recht monieren 17 Bürgerrechtsorganisationen, „daß diese Demontage des Rechtsstaats in einem geheimen Verfahren zwischen den Parteien ohne Einflußmöglichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit durchgepeitscht werden soll.“ Und selbst der Bund deutscher Kriminalbeamter hat festgestellt „mit den von Schily vorgesehenen Maßnahmen ... die Anschläge vom 11.09. niemals verhindert worden“ wären (lt. Bonner „General-Anzeiger vom 05.11.2001). Und dieser hat inzwischen selbst einräumt: „Die Initiativen, die wir im Kabinett beschlossen haben, sind nicht erst nach dem 11. September eingeleitet worden.“ (zitiert nach Martin Kutschar, „Überwachungsstaat“, „FR“ vom ***** Datum *****

2.

Offenbar geht es also bei den Maßnahmen um etwas ganz anderes.

- Die Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizeien – nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten als Konsequenz aus der allmächtigen GESTAPO im NS-Staat eingeführt – wird durch den uneingeschränkten Zugriff der Geheimdienste auf die polizeiliche Verbunddatei INPOL offiziell aufgehoben und neuerdings auch die Beteiligung der Geheimdienste MAD, BND, Zollkriminalamt und Bundesverfassungsschutz am Visumsverfahren betrieben;
- Beriffsrechte auf elektronisch speicherbare Telekommunikationsdaten und die Einführung des Fingerabdrucks bzw. „biometrischer Daten“ (Einzelheiten sollen im weiteren Gesetzgebungsverfahren geklärt werden!?) auf dem Personalausweis durch verschlüsselte Eintragungen verlangen ihre zentrale Erfassung und werden damit quasi global verfügbar. Dies spricht dem vom Bundesverfassungsgericht eingeführten „informationellen Selbstbestimmungsrecht“ Hohn und ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Orwell’schen Überwachungsstaat: Die „erkennungsdienstlichen Behandlung“ nach Art einer Verbrecherkartei für Alle stellt jede/n unter Generalverdacht.
- Die besonderen Vorschriften gegen Ausländer – Verdacht auf Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung als zwingender Versagungsgrund für die Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung und Regelausweisungsgrund mit sofortiger Vollziehbarkeit; Verbot von ausländischen Vereinen, soweit ihre Zwecke oder Tätigkeiten die politische Willensbildung oder sonstige erhebliche Interessen der BRD beeinträchtigt oder gefährdet; Festschreibung der Möglichkeit der Sicherheitsdienste im Ausländerzentralregister auf den gesamten Datenbestand im automatisierten Verfahren zuzugreifen – zeigen, wegen wen in Zukunft vorgegangen werden soll: „Die Änderungen ... sprechen eine deutliche rassistische Sprache und ... verstärken pauschale Vorurteile und Ressentiments in der Bevölkerung.“ (Pressemitteilung der Bürgerrechtsorganisationen)

Im Jahr nach dem „Aufstand der Anständigen“ gegen den Rechtsextremismus wird der Feind auch im Inneren in rassistischer Manier festgemacht.

3.

Der **neu eingeführte § 129b StGB** soll erstmals auch „die Bildung und Beteiligung an kriminellen und terroristischen Vereinigungen im Ausland ausweiten. Während bisher zumindest eine selbständige Teilorganisation in der BRD festgestellt werden mußte, wird jetzt unter Berufung auf die „gemeinsame Maßnahme des EU-Rates“ vom 21.12.1998 eine uferlose Ausdehnung beabsichtigt, obwohl der zur Zeit der Terrorismusverfolgung der siebziger Jahre eingeführte § 129a StGB mit seinen strafprozessualen Begleit-Instrumentarium bis weit in den parlamentarischen Raum hinein als politisches Gesinnungsstrafrecht gegen militante linke Opposition kritisiert worden war. Mit dem neuen

Gesetz können nicht nur ausländische radikale politische Bewegungen und deren Unterstützer bei uns als „Terroristen“ kriminalisiert werden – mit den bekannten Problemen der Bestimmung, ob es sich um berechtigten Widerstand gegen ein Unrechtsregime oder „Terrorismus“ handelt, was von jeweiliger außenpolitischer Opportunität abhängig sein könnte. Zum anderen kritisiert etwa die britische Bürgerrechtsorganisation State Watch Ende September 2001, daß die maßlose Terrorismus-Definition der EU soweit gefaßt sei, daß darunter selbst militante Straßenproteste wie die in Genua fallen könnten. Verdeutlicht man sich, daß Berlusconi und Teile der italienischen Justiz die Proteste und selbst Straßentheatergruppen als „terroristische Organisation“ verfolgt haben, so belegt dies eine Hauptzielrichtung der geplanten Gesetzesvorhaben: Sie sind eine Kriegserklärung der Herrschenden an jeden konsequenten Widerstand gegen Krieg und globalen Kapitalismus.

4.

Die „Anti-Terror-Pakete“ als „unüberlegte Schnellschüsse eines durchgeknallten Hartliners“ zur „Eroberung der Lufthoheit über deutsche Stammtische“ oder als wahltaktische Erwägungen (Schily als Steigerung von Schill) zu kritisieren, greift in mehrerer Hinsicht zu kurz:

- Otto Schily weiß genau was er tut, hat er doch selber die Maßnahmen der „Anti-Terror-Bekämpfung“ 1977 als nicht nur psychologische Kriegsführung gegen die militante Opposition kritisiert (vgl. seine Verteidigung im Verfahren gegen Gudrun Ensslin, „junge Welt“ vom 01.11.2001.
- Die geplanten Maßnahmen knüpfen nahtlos an die strafbewehrten Verbote gegen mutmaßliche Genuaer Demonstranten durch die Polizei zum Verlassen von Berlin, Brandenburg usw. an (deren Verstoß gegen das Grundrecht auf Freizügigkeit ebenso offensichtlich war);
- Verbotsdrohungen gegen linke Antifa-Gruppen (autonome Antifa u.a.), werden in Verfassungsschutzberichten und –Broschüren propagandistisch vorbereitet;
- sie ergänzen die Maßnahmen der bundesweiten Rasterfahndungen an Universitäten, Hochschulen und sicherheitsrelevanten Betrieben gegen Studenten arabischer Abstammung (zum Teil kombiniert mit besonderen Merkmalen) unmittelbar nach den Anschlägen;
- sie stellen sich dar als normative Umsetzung eines Klimas von Einschüchterung und Zensur wie etwa
 - die sofortige offizielle Beendigung der für drei Tage angekündigten Stockhausen-Jazzmusik-Jubiläumsveranstaltungen in Hamburg, nachdem dieser es gewagt hatte, die New Yorker Anschläge mit biblischen Bildern zu vergleichen;
 - die Suspendierungen von mehreren LehrerInnen, einem Pastor in Thüringen bzw. NRW wegen USA-kritischer Äußerungen, der fristlosen Entlassung eines Arbeiters, der sich weigerte an den staatlich verordneten Schweigeminuten für die Toten von Manhattan teilzunehmen;
 - die demütigende Selbstzensur des Fernseh-Nachrichtensprechers U. Wickert, nachdem er es gewagt hatte, die Denkstruktur von W. Bush mit der von Bin Laden zu vergleichen, nach

wütenden Protesten aus der politischen Klasse, die ihn zu einem peinlichen Widerruf zwangen;

- die „unerklärten Zensurmaßnahmen“ denen sich plötzlich die Sendungen des „Offenen Kanals“ in Hessen, Berlin und anderswo ausgesetzt sehen:
- die Disziplinierungsmaßnahmen von Berliner Schülerinnen und Schülern, die gegen den Bombenüberfall auf Afghanistan spontan protestiert hatten.
- Und last not least die Absage der beiden Klassen der Berliner Ossietzky-Gymnasien, die wie in den Jahren davor am 03. Oktober in diesem „Haus der Demokratie und Menschenrechte“ an der Jahresfeier zum Geburtstag von Karls von Ossietzky teilnehmen sollten durch die Schuldirektion.

Diese Maßnahmen der Zensur und Selbstzensur können nur richtig verstanden werden als Instrument zum Schüren eines Klimas von Angst, Einschüchterung und rassistischer Ausgrenzung.

Es handelt sich hierbei offensichtlich um die Spitze des Eisberges eines weltweiten Angriffs auf die Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie auch der bekannte kritische US-amerikanische Intellektuelle Noam Chomsky für die dortigen Verhältnisse festgestellt hat.

5.

Wer meint, er habe „nichts zu verbergen“ bzw. ihn trafen die geplanten Maßnahmen nicht, befindet sich in einem schwerwiegenden Irrtum. Dies zeigen nicht nur

- die Festnahme eines Bruders eines inhaftierten Islamisten-Führers auf dem Frankfurter Flughafen wegen angeblich konkreter Attentatsvorbereitungen mit ABC-Schutzanzug und Anleitung zur Sprengstoffherstellung (die sich als harmlose Reiseutensilien bzw. –Lektüre herausstellten);
- die Festnahme des englischen Schriftstellers arabischer Abstammung Tariq Ali auf dem Münchener Flughafen als Terrorist, nur weil er ein Buch von Karl Marx mit dem Titel „Über den Selbstmord“ bei sich trug;

sondern auch die groteske systematisch von Politikern und den Massenmedien geschürte „Anthrax-Hysterie“, die am letzten Wochenende zu der massenhaften Verbreitung der angeblichen Bestätigung von Milzbrandfällen auch bei uns führte, bis sich herausstellte, daß der Verdacht völlig unbegründet war. Wer weiß, wie viele Dutzend Unschuldige durch reinen Zufall bereits in „normalen Zeiten“ von Sondereinsatzkommandos aufgrund von Verwechslungen festgenommen und zusammengeschlagen bzw. durch polizeiliche Todesschüsse niedergestreckt wurden, ahnt was in Zeiten der heißen „Anti-Terror-Verfolgung“ auf uns zukommen wird.

6.

Radikale Kritik an den geplanten Gesetzesmaßnahmen kann sich daher nicht darauf beschränken, die fehlende Validität zu kritisieren oder den weiteren Abbau von Grund- und Freiheitsrechten zu monieren. Es geht vielmehr um psychologische Kriegsführung, um vorbeugend die Ruhe an der Heimatfront sicherzustellen. So gesehen sind die Pakte eine Kriegserklärung an die neue Friedensbewegung, die GlobalisierungsgegnerInnen, Antifaschisten und Antirassisten und Unterstützer nationaler revolutionärer Befreiungsbewegungen unter dem Vorwand der „Terrorismus-Bekämpfung“.

Sie beginnt dies zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen durch

- Aufklärung, Schaffen von Anti-Kriegs- und Anti-Repressions-Komitees.

Noch ist es nicht zu spät. Die ersten Demonstrationen – darunter die spontane SchülerInnen-Demonstration und die große Berliner Anti-Kriegs-Demonstration vom 13.10.2001 sind Ausdruck der beginnenden Sensibilität in der Jugend, die sich nicht durch die Repression spalten oder in eine „Terrorismusfalle“ locken läßt. Die zunehmenden kritischen Äußerungen von IG-Metall-Bundesvorstand, KirchenvertreterInnen, JournalistInnen beginnen, sich in den Massenmedien widerzuspiegeln (bis hin zu Josef Augstein und dem Chefredakteur des „Stern“). Es muß klargemacht werden, daß die geplanten Gesetzesmaßnahmen nicht nur eine große Gefahr für den Bestand unserer Demokratie sind. Sie zeigen auch, daß sich die Herrschenden sehr wohl bewußt sind, wie sehr sie auf solche Repressionsinstrumente angewiesen sein könnten, wenn der Protest zum Widerstand übergeht und die Kritik am Krieg in Afghanistan und den Auswirkungen der neoliberalen globalen Wirtschaftsordnung das kapitalistische System selbst in Frage stellt.

Die neuen Gesetzesvorhaben entpuppen sich als integrale Bestandteile und Repressionsinstrumente zur Herstellung einer neuen Weltkriegs-Ordnung im Kampf der reichen Hegemonialmächte gegen die armen und unterdrückten dieser Welt.

Die Öffentlichkeit ist zur Wachsamkeit aufgerufen, die VertreterInnen der Medien müssen sich ihrer Verantwortung bewußt werden und allen Tendenzen zur Gleichschaltung und kritiklosen Weitergabe der dumpfen Kriegshetze und sie begleitenden Hysterie verweigern.